



Pressemitteilung

Ansbach, 15. Februar 2019

Große Besorgnis wegen vieler überschuldeter Ansbacher

OLA: „Niedriglöhne zurückdrängen – soziale Mindestanforderungen für Gewerbeflächen“

Verkauf an Hermes „Fehlentscheidung“

Mit großer Besorgnis blickt die Stadtratsfraktion der Offenen Linken Ansbach (OLA) auf die hohe Schuldnerquote in Ansbach. 10,5 Prozent aller Einwohner seien laut dem Creditreform-Schuldneratlas betroffen, berichtete die *Fränkische Landeszeitung*. Zurecht weise die Arbeiterwohlfahrt in diesem Zusammenhang auf den überdurchschnittlich großen Anteil von Beschäftigten im Niedriglohnbereich in der Rezatstadt hin.

Dazu erklärt die OLA: „Ansbach muss Niedriglöhne zurückdrängen. Auch Kommunalpolitik kann einen Beitrag leisten. Daher setzen wir uns für soziale Mindestanforderungen beim Verkauf von Gewerbeflächen ein. Dies kann etwa in Gestalt einer Untergrenze für eine Anzahl gut entlohnter, unbefristeter Arbeitsplätze pro versiegeltem Hektar umgesetzt werden.“ Der OLA-Vorschlag sei nicht nur ein Instrument für gerechte Entlohnung, sondern auch gegen Flächenfraß.

Gute Löhne hätten auch positive Auswirkungen auf das Stadtsäckel, erinnert die Fraktion. 2018 sank die Steuerkraft Ansbachs unter Bayerns kreisfreien Städten von Platz 17 auf den drittletzten Platz 23. „Die Zustimmung einer Stadtratsmehrheit zum Verkauf einer riesigen Fläche im Gewerbegebiet Elpersdorf an den Paketzusteller Hermes ist eine Fehlentscheidung. Sie verstetigt den Negativtrend bei der Entlohnung. Wir wollen hingegen die Ansbacher Wirtschaftspolitik auf Zukunftsbranchen, etwa im digitalen und medialen Bereich ausrichten, nicht auf Hochregallager und Leiharbeit“, betont die OLA.

gez. Boris-André Meyer, Fraktionsvorsitzender